

**Stadt Bergisch Gladbach**  
**Der Bürgermeister**

Ausschussbetreuender Fachbereich Allgemeine Verwaltung, Verwaltungssteuerung	Datum 28.09.2005
	Schriftführer                      Telefon-Nr. Herr Kredelbach                      02202/142237
<b>Niederschrift</b>	
<b>Hauptausschuss</b>	<b>Sitzung am Dienstag, 20. September 2005</b>
Sitzungsort  Rathaus Bensberg, Ratssaal, Wilhelm-Wagener-Platz, 51429 Bergisch Gladbach	Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis)  17:02 Uhr - 19:13 Uhr
	Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis) 18:56 Uhr – 19:06 Uhr
<b>Sitzungsteilnehmer</b> Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis	
<b>Tagesordnung</b>	

**A      Öffentlicher Teil**

- 1.      Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**
- 2.      Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil -**
- 3.      Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Hauptausschusses vom 28.06.2005 - öffentlicher Teil -  
395/2005**
- 4.      Mitteilungen des Bürgermeisters**
- 5.      Wirtschaftspläne der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung "Feuerwehr der Stadt Bergisch Gladbach" für die Wirtschaftsjahre 2005 und 2006 und Finanzplanung 2005 bis 2009  
447/2005**
- 6.      Doppelhaushalt 2005/2006**

481/2005

**7. Stellenplan 2005 / 2006**

- A) Stellenanhebungen - Arbeiter -
- B) Stellenanhebungen - Angestellte -
- C) Stellenanhebungen - Beamte -
- D) Stellenanhebungen - Beamte Feuerwehr -
- E) Neue Stellen
- F) Stelleneinsparungen

452/2005

**8. Öffentliche Ausschreibung und externe Besetzung der Stelle "Leiter/Leiterin der Organisationseinheit Stadtmarketing/Öffentlichkeitsarbeit", Besoldungsgruppe A 13 hD bzw. Vergütungsgruppe BAT II**

446/2005

**9. Öffentlicher Personennahverkehr;  
Fahrplanänderungen 2005/2006**

491/2005

**10. Erlass einer III. Nachtragsatzung zur Hauptsatzung**

456/2005

**11. Bericht aus der Sitzung des Integrationsbeirates**

484/2005

**12.1 Prüfung der Jahresabschlüsse der eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen und der Gesellschaften, die sich ausschließlich im Eigentum der Stadt befinden;  
Antrag der FDP-Fraktion vom 11.06.2005**

483/2005

**12.2 Antrag der CDU-Fraktion vom 01.09.2005 auf Änderung des § 15 der städtischen Hauptsatzung bezüglich der Beförderung von Beamten**

482/2005

**13. Anfragen der Ausschussmitglieder**

**B**     **Nichtöffentlicher Teil**

1.     **Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung  
- nichtöffentlicher Teil -**
  
2.     **Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Hauptausschusses vom 28.06.2005 - nichtöffentlicher Teil -  
396/2005**
  
3.     **Mitteilungen des Bürgermeisters**
  
4.     **Bestellung der Leiterin/des Leiters des Rechnungsprüfungsamtes im Rahmen der Wiederbesetzung der Stelle 14-96 -Leiterin/Leiter des Rechnungsprüfungsamtes -, zzt. bewertet nach Besoldungsgruppe A 14 BBesG  
439/2005**
  
5.     **Anfragen der Ausschussmitglieder**

## Protokollierung

### A Öffentlicher Teil

#### 1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit

@-> Bürgermeister Orth eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass der Hauptausschuss rechtzeitig und ordnungsgemäß eingeladen wurde sowie beschlussfähig ist.

Er benennt für die heutige Sitzung folgende Sitzungsunterlagen als Grundlage:

1. die Einladung vom 07.09.2005 mit den dazugehörenden Vorlagen,
2. das Schreiben vom 12.09.2005 mit der Stellungnahme des Personalrates zum Stellenplan 2005/2006 als Anlage,
3. die Beantwortung der Anfrage der CDU-Fraktion zu Punkt 8 des öffentlichen Teils, die allen Mitgliedern des Hauptausschusses als Tischvorlage vorliegt.

#### 2. <-@ Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil -

@-> Die Niederschrift wird genehmigt.

#### 3. <-@ Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Hauptausschusses vom 28.06.2005 - öffentlicher Teil -

@-> Der Hauptausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

#### 4. <-@ Mitteilungen des Bürgermeisters

@-> Es gibt keine Mitteilungen.

#### 5. <-@ Wirtschaftspläne der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung "Feuerwehr der Stadt Bergisch Gladbach" für die Wirtschaftsjahre 2005 und 2006 und Finanzplanung 2005 bis 2009

@-> Herr Lang gibt eine Übereinkunft zwischen den Fraktionen bekannt, nach der der Hauptausschuss in seiner heutigen Sitzung lediglich eine Beschlussempfehlung für den Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2005 geben solle. Über den Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2006 solle der Rat in seiner Sitzung am 29.09.2005 unmittelbar entscheiden.

Herr Albrecht weist auf den vorletzten Satz in der Sachdarstellung der Vorlage hin,

nach der die vorgesehenen Einsparungen vor allem dadurch erreicht werden sollen, dass die bis zum 30.09.2006 befristeten Arbeitsverträge der Angestellten im Rettungsdienst zum größten Teil nicht verlängert werden. Er möchte wissen, welche Auswirkungen dies auf die Bürger der Stadt habe.

Herr Ziffus weist auf noch bestehende offene Fragen hin. Diese betreffen wie auch bei anderen Wirtschaftsplänen die Steuerentwicklung und den Gebührenhaushalt. Insofern solle der Hauptausschuss nur eine Empfehlung für 2005 geben und das übrige dem Rat überlassen.

Stadtkämmerer Kotulla führt aus, dass die Verwaltung bereits im Rahmen ihres Zwischenberichtes über den Brandschutzbedarfsplan auf mögliche Veränderungen in den Schutzziele zur Anpassung an erforderliche Standards hingewiesen habe. Sofern entsprechende Überlegungen in den Brandschutzbedarfsplan einfließen, hätten diese Auswirkungen auf die personelle Besetzung. Man benötige weniger Personal, wodurch ein Sparbeitrag erzielt werde. Dies bedeute nicht, dass im Falle eines Brandes keine Einsätze mehr stattfänden.

Herr Schneeloch schließt sich dem Ansinnen an, dass der Hauptausschuss heute nur eine Beschlussempfehlung für 2005 unterbreite. Die Entscheidung für 2006 solle in einer der kommenden Ratssitzungen fallen.

Bürgermeister Orth merkt an, dass ein Doppelhaushalt für 2005 und 2006 verabschiedet werde und zudem das Jahr 2006 relativ kurz bevorstehe. Daher sollte rechtzeitig eine Entscheidung getroffen werden. Die nächste Möglichkeit hierfür sei in der Sitzung des Rates am 29.09.2005. Er schlägt vor, dass der Hauptausschuss heute keine Beschlussempfehlung unterbreite, sondern die Entscheidung unmittelbar auf den Rat überträgt.

Herr Lang stellt klar, dass sein Vorschlag auf eine Vertagung der Entscheidung für das Wirtschaftsjahr 2006 hinauslaufe. Diese könne auch noch in der letzten Sitzung des Rates in diesem Jahr am 13.12.2005 getroffen werden. Es sei im Übrigen möglich, für den Bereich des Rettungsdienstes die Gebühren anzuheben. Er sei natürlich kein Befürworter von Gebührenerhöhungen. Auf der anderen Seite müsse jede unkontrollierte Geldausgabe sofort gestoppt werden. Um dies zu gewährleisten, bedürfe es eines längeren Zeitraumes zur Diskussion.

Bürgermeister Orth stellt fest, dass der Hauptausschuss somit heute keine Beschlussempfehlung gibt.

Hierüber besteht Einvernehmen.

<-@  
6. **Doppelhaushalt 2005/2006**

@-> Bürgermeister Orth empfiehlt, die in der Vorlage dargestellten Fakten zur Kenntnis zu nehmen und die Entscheidung dem Rat zu überlassen.

Es besteht Einvernehmen, dass so verfahren wird.

<-@

7.

**Stellenplan 2005 / 2006**

**A) Stellenanhebungen - Arbeiter -**

**B) Stellenanhebungen - Angestellte -**

**C) Stellenanhebungen - Beamte -**

**D) Stellenanhebungen - Beamte Feuerwehr -**

**E) Neue Stellen**

**F) Stelleneinsparungen**

@->

Herr Schneeloch ersucht die Verwaltung, den bestehenden Beförderungsstau in Verhandlungen mit der Kommunalaufsicht zumindest minimal abzubauen. Zwar sei die rechtliche Bewertung der Verwaltung in sich schlüssig, jedoch bestehe auch innerhalb eines Nothaushaltes eine Verhandlungsmöglichkeit. Ein Beförderungsstau sei ein Motivationshemmnis für die Belegschaft. Es solle darauf hingewirkt werden, dass ggf. unter Berücksichtigung der Ergebnisse des Jahres 2003 wenigstens in den dringenden Fällen Ergebnisse erreicht werden.

Herr Lang schließt sich dieser Bitte an. Er sei gegen die Einrichtung von neuen Stellen. Jede neue Stelle verursache im Vergleich zu Beförderungen ein Vielfaches an Kosten. Er geht davon aus, dass sich in Verhandlungen mit dem Kreis für einige wenige Beförderungen etwas erreichen lasse. Es gebe einige Bedienstete, die bereits länger als 5 Jahre auf ihre Beförderung warteten. Bedauerlicherweise gebe es eine frühere Vorschrift des Beamtenrechtes nicht mehr, nach der nach einer bestimmten Frist den Inhabern einer höher bewerteten Stelle der Ausgleichsbetrag zur nächst höheren Besoldungsstufe gewährt werden könne. Für die Arbeiter und Angestellten entfalle ab 01.10.2005 der so genannte Bewährungsaufstieg. Frust sei generell ein Motivationshemmer. Hier sei mit Beförderungen wesentlich mehr zu erreichen als mit der Einrichtung von neuen Stellen.

Diese Auffassung wird von Herrn Albrecht geteilt. Es gebe insbesondere im Beamtenbereich viele Bedienstete, die seit Jahren eine höherwertigere Tätigkeit ausübten, ohne die entsprechende Bezahlung hierfür zu erhalten. Bedauerlicherweise entstehe eine zusätzliche Wartezeit bis Ende des Jahres 2006. Sofern Beförderungen in 2007 finanzwirksam würden, bitte er im Rahmen der Niederschrift über die heutige Sitzung um Beantwortung der Frage, wieviel dies kostenmäßig ausmachen werde.

Bürgermeister Orth sichert zu, dies soweit möglich ausrechnen zu lassen und als Information zur Verfügung zu stellen. Er gesteht zu, dass der Personalbereich in den vergangenen Jahren erhebliche Beiträge zu einer Haushaltskonsolidierung geleistet habe. Bei gleichbleibendem Aufgabenbestand und reduzierten Möglichkeiten sowie Stellenabbau seien viele Stellen in der Verwaltung inzwischen erheblich belastet. Die Stellungnahme des Personalrates vom 07.09.2005 suggeriere, dass es über die in der Verwaltungsvorlage benannten Möglichkeiten hinaus noch weitere gebe. Dies sei unter den Bedingungen des Nothaushaltes jedoch nicht der Fall. Das in der Vorlage vorgeschlagene sei das maximal Mögliche. Er werde der Bitte des Hauptausschusses, über weitergehende Möglichkeiten mit der Kommunalaufsicht zu verhandeln, natürlich nachkommen. Allerdings sehe er keinerlei Erfolgsaussichten. Er sei zwar mit dem Hauptausschuss der Meinung, dass Beförderungen der Motivation der Belegschaft dienen. Allerdings verböten die Vorgaben bis hinauf zu denen des Innenministeriums und die eindeutige Erlasslage jedes weitere Zugeständnis. Jedoch wolle auch er den Beförderungsstau unter Ausnutzen der gegebenen Möglichkeiten so schnell wie möglich auflösen.

Herr Schütz kündigt an, den Beschlussvorschlägen nicht zuzustimmen. Seiner Auffassung nach seien die fetten Jahre vorbei und weitere Zugeständnisse im Personalbereich nicht möglich.

Herr Lang ist bereit, die Planstellen aufzuzeigen, über die mit dem Kreis gesprochen werden solle.

Bürgermeister Orth schlägt vor, den Stellenplan 2005/2006 als Minimalkonsens dem Rat zur Beschlussempfehlung zu unterbreiten und parallel mit dem Kreis noch einmal in Gespräche einzutreten.

Hierüber besteht Einvernehmen.

Sodann unterbreitet der Hauptausschuss dem Rat in getrennten Abstimmungen zunächst jeweils mehrheitlich gegen die Stimmen der KIDinitiative folgende **Beschlussempfehlungen:**

- A. Die in der Vorlage benannten Arbeiterstellen werden im Stellenplan 2005/2006 angehoben.**
- B. Die in der Vorlage benannten Angestelltenstellen werden im Stellenplan 2005/2006 angehoben.**
- C. Die in der Vorlage benannten Beamtenstellen werden im Stellenplan 2005/2006 angehoben.**
- D. Die in der Vorlage benannten Beamtenstellen im Bereich der Feuerwehr werden im Stellenplan 2005/2006 angehoben.**

Im Anschluss daran unterbreitet der Hauptausschuss dem Rat mehrheitlich gegen die Stimmen der KIDinitiative und der Bürger für Bergisch Gladbach und Bensberg folgende **Beschlussempfehlung:**

**Die in der Vorlage benannten 9 Stellen werden im Stellenplan 2005/2006 eingerichtet.**

Zuletzt unterbreitet der Hauptausschuss dem Rat einstimmig folgende **Beschlussempfehlung:**

**Die in der Vorlage benannten Stelleneinsparungen werden vorgenommen.**

Herr Lang bemerkt unter Bezugnahme auf den zuletzt gefassten Beschluss, dass es sich bei den für den Bereich 7-69 benannten Stelleneinsparungen um keine echten Einsparungen handele, da der Entsorgungsgesellschaft 5 neue Stellen bewilligt wurden.

Bürgermeister Orth entgegnet, dass diese Verlagerung nie bestritten wurde.

<-@

**8. Öffentliche Ausschreibung und externe Besetzung der Stelle "Leiter/Leiterin der Organisationseinheit Stadtmarketing/Öffentlichkeitsarbeit", Besoldungsgruppe A 13 hD bzw. Vergütungsgruppe BAT II**

@-> Gleichstellungsbeauftragte Fahner trägt zunächst ihren Widerspruch zu der Angelegenheit vor. Dieser ist der Niederschrift als Anlage beigelegt.

Bürgermeister Orth bezweifelt nicht das Recht der Gleichstellungsbeauftragten, auf der Grundlage des Landesgleichstellungsgesetzes bei beabsichtigten Maßnahmen rechtzeitig eingebunden zu werden. Allerdings handele es sich im vorliegenden Falle nicht um eine solche, weshalb für dieses formelle Kriterium kein Raum sei. Aufgrund der haushaltsrechtlichen Situation sei er gehalten, sich die Einrichtung einer Stelle wie der hier in Rede stehenden durch die städtischen Gremien genehmigen zu lassen und anschließend in Verhandlungen mit der Kommunalaufsicht einzutreten. Erst danach könne die Formulierung einer beabsichtigten Maßnahme erfolgen. Heute gehe es lediglich um die Klärung von Verfahrensfragen. Belange der Gleichstellungsbeauftragten seien in formeller Hinsicht noch nicht berührt. Auch inhaltlich könne die Kritik der Gleichstellungsbeauftragten nicht nachvollzogen werden. Entsprechend der steten Übung sei auch hier beabsichtigt, die in Rede stehende Stelle intern auszu-schreiben. Zu keinem Zeitpunkt sei eine lediglich externe Ausschreibung vorgesehen gewesen. Frauenförderung habe in der hiesigen Verwaltung in der Vergangenheit vor allem darunter gelitten, dass eine externe Ausschreibung von Stellen gerade nicht erfolgte. Die Chancen von Frauen, in der Verwaltung auch gut dotierte Posten zu besetzen, stiegen mit einer externen Ausschreibung solcher Stellen stark an. Er geht davon aus, dass die Stellungnahme der Gleichstellungsbeauftragten den Interessen der weiblichen Beschäftigten in der Stadtverwaltung zuwiderlaufe.

Herr Schneeloch beantragt, die Entscheidung über den Tagesordnungspunkt zu vertagen und diesen in der kommenden Sitzung des Hauptausschusses am 06.12.2005 erneut zu behandeln

Für Herrn Albrecht vermittelt die Vorlage den Eindruck, dass sich der künftige Stelleninhaber vornehmlich mit Wirtschaftsförderung befassen solle. Erst die schriftliche Anfrage seiner Fraktion vom 14.09.2005 habe zu einer Klarstellung durch den Bürgermeister geführt, was mit der Stelle bezweckt werde. In Wahrheit habe diese die Schwerpunkte Öffentlichkeitsarbeit und Repräsentation und nur in zweiter Linie ein wenig Wirtschaftsförderung. Letztere verbleibe schwerpunktmäßig weiterhin in Fachbereich 8, zumal dort eine derzeit vakante Stelle erneut zu besetzen sei. Er unterstellt Bürgermeister Orth, die Einrichtung einer Referentenstelle zu bezwecken, deren Inhaber ihm zuarbeiten solle. Sei dies wirklich beabsichtigt, müsse es deutlich gesagt werden. Sofern seine Fraktion der Ausschreibung einer solchen Stelle zustimme, erwarte sie im Vorfeld ein Anforderungs- und Aufgabenprofil. Des Weiteren sei darzu-legen, wie eine mit der Einrichtung der Stelle einhergehende Umstrukturierung in Fachbereich 1 aussehen solle.

Herr Ziffus betont, dass eine städtische Wirtschaftsförderung über eine solche neue Stelle mit der Kreiswirtschaftsförderung abzustimmen sei. Wirtschaftsförderung nur für Bergisch Gladbach alleine erscheine der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN wenig sinnvoll. Vielmehr sei die Rheinisch- Bergische Wirtschaftsförderungsgesellschaft auf stabile Füße zu stellen und im Bereich des Aufsichtsrates effektiver zu gestalten. Erst wenn dies geschehen sei, könne man darüber nachdenken, bei der Stadt

eine Kontaktstelle für diesen Bereich zu schaffen. Er geht davon aus, dass der Landrat die Einrichtung der Stelle unter Hinweis auf die bestehende Kreiswirtschaftsförderung nicht genehmige. Auch er wünscht eine Vertagung in den kommenden Hauptausschuss, in der die Angelegenheit mit einer differenzierteren Darstellung behandelt werden müsse. Hier sei auch über das Ergebnis der Gespräche mit dem Landrat zu berichten.

Herr Orth betont, dass zunächst der Hauptausschuss eine Entscheidung zu treffen habe, bevor der Landrat eingeschaltet werde. Allerdings habe es im Vorfeld bereits Kontakte mit dem Landrat auf der Basis der Vorlage gegeben, die positiv verlaufen seien. Er sei allerdings gerne bereit, auf die Anregungen der Fraktionen einzugehen, und habe keine Bedenken gegen eine Vertagung mit dem Ziel, die Angelegenheit in der kommenden Sitzung des Hauptausschusses am 06.12.2005 erneut zu erörtern.

Herr Lang hält die Einrichtung der Stelle für überflüssig, stimmt allerdings einer Vertagung zu. Der Zeitpunkt eines erneuten Wiederaufgreifens sollte vernünftigerweise nach einer generellen Konsolidierung des Haushaltes liegen. Sofern der Landrat einer Einrichtung der Stelle zustimme, stelle sich allerdings die Frage, warum eine solche Zustimmung nicht auch für notwendige Beförderungen erfolge.

Frau Schmidt-Bolzmann sieht keinen Sinn darin, eine solche Stelle extern auszu-schreiben. Sie geht davon aus, dass es innerhalb der Verwaltung mit Sicherheit jemanden gebe, der zumindest durch eine Fortbildung für die Wahrnehmung der Funktionen befähigt werden könne. Sie stimme zwar der Vertagung zu, hoffe allerdings, dass es nicht zu einer Einrichtung der Stelle komme.

Sodann fasst der Hauptausschuss einstimmig folgenden **Beschluss**:

- 1. Die Entscheidung über den Tagesordnungspunkt wird vertagt.**
- 2. Die Verwaltung wird beauftragt, für die einzurichtende Stelle ein Anforderungs- und Aufgabenprofil zu entwickeln, das dem Hauptausschuss für dessen kommende Beratung mit vorzulegen ist.**

**9. <-@  
Öffentlicher Personennahverkehr;  
Fahrplanänderungen 2005/2006**

@-> Herr Lang möchte wissen, welche Bedeutung der Begriff „zustimmend“ im Beschlussvorschlag habe.

Stadtbaurat Schmickler erläutert, dass der Kreis als Träger des öffentlichen Personennahverkehrs die Stadt um eine Stellungnahme zu den Fahrplanänderungen gebeten habe. Diese solle sich nicht nur äußern, sondern vor dem Hintergrund der angespannten wirtschaftlichen Situation des Kreises die Änderungen zustimmend zur Kenntnis nehmen. Die Stadt finanziere diese Gebietskörperschaft über die Kreisumlage erheblich.

Herr Waldschmidt möchte die Fahrplanänderungen ohne Zustimmung zur Kenntnis nehmen. Diese hätten nicht unerhebliche Auswirkungen auf die Nutzer des öffentlichen Personennahverkehrs im Stadtgebiet. Er stellt den Antrag, den Beschlussvor-

schlag entsprechend abzuändern. Es handele sich im Grunde nur um eine nachträgliche Genehmigung, da die Fraktionen nicht in die Entscheidungsfindung mit eingebunden wurden.

Für Herrn Albrecht sind die geplanten Änderungen wenig zufriedenstellend und lassen das notwendige Fingerspitzengefühl vermissen. Er hält es für sinnvoll, durch die Linie 453 sonntags noch einige Fahrten nach Bärbroich/ Oberkülheim durchführen zu lassen. Dies sei im Hinblick auf die Taktzeiten möglich, da an der Endhaltestelle Grünenbäumchen eine längere Pause gemacht werde. Auch im Hinblick auf die Kosten bestünden keine Probleme. Da diesbezüglich allerdings bereits eine gegenteilige Entscheidung getroffen wurde, müsse als Kompensation ab dem Fahrplanwechsel ein Anrufsammeltaxi zur Verfügung stehen. Dessen Existenz sei im fraglichen Bereich bekanntzumachen. Eine solche Maßnahme ermögliche es den dort Wohnenden, den öffentlichen Personennahverkehr auch weiterhin angemessen zu nutzen.

Herr Schütz hält die Fahrplanänderungen für bedauerlich und möchte diese daher nicht mit Zustimmung zur Kenntnis nehmen.

Herr Ziffus hält es für ein falsches Signal, angesichts der steigenden Spritpreise das Angebot im öffentlichen Personennahverkehr zu reduzieren. Zudem sei das Thema auch unter Gleichstellungsaspekten zu bewerten. Hier könne dargestellt werden, in welchem Maße Männer und Frauen von den Fahrplanänderungen betroffen seien. Nach wie vor stehe in der hiesigen Gesellschaft der vorhandene Pkw vorwiegend den Männern zur Verfügung, wodurch Frauen benachteiligt würden. In Bereichen wie Bärbroich und Oberkülheim stelle dies für Frauen einen erheblichen Nachteil dar. Unter Bezugnahme auf das Gender- Budgeting solle dargestellt werden, wie sich die geplanten Einsparungen geschlechts- und altersspezifisch auswirkten. Ebenso wie Frauen würden auch Jugendliche benachteiligt. Das von Herrn Albrecht vorgeschlagene Anrufsammeltaxi sei für Frauen und Senioren eine gute Einrichtung. Auch hier seien die Auswirkungen unter gleichstellungsrelevanten Aspekten zu bewerten.

Bürgermeister Orth hält es für überzogen, am Beispiel der Reduzierungen bei der Linie 453 Aspekte der Gleichstellung und des Gender- Budgetings zu untersuchen. Die Verwaltung habe zudem den Auftrag, Einsparungen auch im Bereich des öffentlichen Personennahverkehrs umzusetzen. Er halte es nicht für korrekt, notwendigen Einsparungen die Zustimmung zu versagen, nur um sich die Hände nicht schmutzig machen zu müssen. Die in der Vorlage dargestellten Reduzierungen seien aus Sicht des Aufsichtsrates der Stadtverkehrsgesellschaft durchaus vertretbar. Es habe im Vorfeld eine gründliche Untersuchung mit Zählungen stattgefunden. Bei einer Kundenfrequenz von 2 bis 3 Fahrgästen auf bestimmten Fahrten sei eine Einstellung derselben durchaus akzeptabel. Eine Aufrechterhaltung des Angebotes im bisherigen Umfang stehe in einem krassen Missverhältnis zum zu erzielenden Nutzen.

Stadtbaurat Schmickler weist darauf hin, dass der Zuschuss für die Stadtverkehrsgesellschaft in den vergangenen Jahren etwa 700.000 € betrug und im anstehenden Doppelhaushalt mit etwa 200.000 € veranschlagt werde. Trotz der Reduzierungen habe es bislang im Bereich des öffentlichen Personennahverkehrs keine allzu negativen Einschnitte gegeben. Den in der Vorlage dargestellten Maßnahmen lägen detaillierte Fahrgastzählungen zugrunde. Reduziert werden solle nur im Bereich von Fahrten, die bislang sehr wenig nachgefragt wurden. Die einzelnen Zahlen seien dem Aufsichtsrat der Stadtverkehrsgesellschaft mitgeteilt worden und den Fraktionen daher bekannt.

bekannt. Gut nachgefragte Angebote, z. B. im Bereich der Nachtbuslinien, sollten demgegenüber beibehalten werden. Dies gelte insbesondere für die Linie 450, deren Aufrechterhaltung auch von der Kraftverkehr Wupper-Sieg AG als notwendig erachtet werde. Das Angebot auf der Linie 421 bleibe ebenfalls. Er habe der Kraftverkehr Wupper-Sieg AG allerdings zugesichert, dort bei der Suche nach einem Sponsor nicht nachzulassen. Hier deute sich eine positive Entwicklung an. Für die Linie 453 gelte eine mangelnde Ausnutzung zu Schwachlastzeiten besonders. Allerdings werde durchaus gesehen, dass nunmehr an bestimmten Tagen eine Anbindung von Bärbroich/ Oberkülheim nicht mehr gewährleistet sei. Hier gebe es nur die Alternative eines bedarfsgerechten Angebotes in Form eines Anrufsammeltaxis. Die Regionalverkehr Köln sehe eine Möglichkeit, etwas Derartiges im benannten Bereich einzuführen, wenn entsprechende Beschlüsse gefasst werden. Allerdings resultiere aus einer solchen Maßnahme ein kleinerer oder mittlerer vierstelliger zusätzlicher Ausgabenbetrag.

Bürgermeister Orth schlägt vor, die Einrichtung des Anrufsammeltaxis für den benannten Bereich dem Aufsichtsrat der Stadtverkehrsgesellschaft in dessen kommender Sitzung erneut zu unterbreiten. Dies sei dort bereits diskutiert worden.

Sodann fasst der Hauptausschuss einstimmig folgenden **Beschluss**:

**Die Fahrplanänderungen 2005/2006 werden zur Kenntnis genommen.**

<-@  
10. **Erlass einer III. Nachtragssatzung zur Hauptsatzung**

@-> Herr Ziffus merkt an, dass der Kreistag die beabsichtigte Regelung mit anderen Formulierungen getroffen habe. Er möchte wissen, ob, und wenn ja inwieweit, mit dem Kreis und den übrigen kreisangehörigen Kommunen Kontakt hinsichtlich einer einheitlichen Formulierung aufgenommen wurde.

Bürgermeister Orth sichert zu, dass diese Frage schriftlich beantwortet wird. Im Übrigen handele es sich um eine klare rechtliche Vorgabe, die umzusetzen sei.

Herr Schütz kündigt an, sich bei der Abstimmung einer Stimmabgabe zu enthalten. Er sehe sowohl für die Fraktionszuwendungen als auch für die Entschädigungen der sachkundigen Bürger den Zweck, die politische Arbeit in den Fraktionen zu ermöglichen. Politisch Interessierte könnten als stellvertretende sachkundige Bürger in die Arbeit einsteigen. Mit dem Beschluss werde politischer Nachwuchs behindert, während die Fraktionszuwendungen mangels entsprechender Bereitschaft nicht reduziert werden sollten.

Sodann unterbreitet der Hauptausschuss dem Rat einstimmig bei Stimmenthaltung der KIDinitiative und einer Stimmenthaltung aus den Reihen von BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN folgende **Beschlussempfehlung**:

<-@  
@-> **Die III. Nachtragssatzung zur Hauptsatzung der Stadt Bergisch Gladbach wird in der Fassung der Vorlage beschlossen.**

<-@  
11. **Bericht aus der Sitzung des Integrationsbeirates**

@-> Herr Nagelschmidt bittet darum, dass der Bericht in der Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur, Schule und Sport am 29.11.2005 behandelt wird.

Es wird Einvernehmen erzielt, dass der benannte Ausschuss um eine Behandlung des Berichtes in seiner übernächsten Sitzung gebeten wird.

Im Übrigen nimmt der Hauptausschuss den Bericht zur Kenntnis.

<-@  
**12.1 Prüfung der Jahresabschlüsse der eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen und der Gesellschaften, die sich ausschließlich im Eigentum der Stadt befinden;  
Antrag der FDP-Fraktion vom 11.06.2005**

@-> Frau Schmidt-Bolzmann nimmt Bezug auf die Ausführungen in der Vorlage und regt an, dass für die Zeit bis zur Einführung des NKF bei der Gemeindeprüfungsanstalt ein Antrag gestellt werde, eine Prüfung der eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen und städtischen Beteiligungsgesellschaften nur noch alle zwei Jahre zuzulassen. Hierdurch könnten Kosten eingespart werden.

Bürgermeister Orth nimmt dies als Empfehlung positiv zur Kenntnis.

Herr Ziffus geht von einem Einsparvolumen in diesem Bereich von etwa 200.000 € aus. Vor diesem Hintergrund schlägt er eine schnellstmögliche Einführung des NKF vor.

Herr Schneeloch betrachtet den Antrag mit der Vorlage als abgearbeitet.

Herr Dr. Kassner hält die erfolgte Nachfrage beim Gemeindeprüfungsamt zu der von der FDP-Fraktion angesprochenen Problematik für wenig sinnvoll, da diese Einrichtung die zuständige Stelle für die Abarbeitung der Jahresabschlussprüfungen sei. Die Einrichtung habe in eigener Sache und nicht objektiv geantwortet. Im übrigen solle nach Einführung des NKF die schnellstmögliche Rückführung der eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen erfolgen, um die derzeit anfallenden Kosten für die Durchführung der Jahresabschlussprüfungen einzusparen. Das Entsprechende solle bereits jetzt durchgeführt werden.

Für Herrn Lang findet die Angelegenheit mit der Auflösung der eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen und der städtischen Beteiligungsgesellschaften ihr Ende.

Es besteht Einvernehmen, dass der Antrag der FDP-Fraktion erledigt ist.

<-@  
**12.2 Antrag der CDU-Fraktion vom 01.09.2005 auf Änderung des § 15 der städtischen Hauptsatzung bezüglich der Beförderung von Beamten**

@-> Herr Albrecht unterstellt Bürgermeister Orth, dass dieser die unter Punkt 8 des öffentlichen Teils diskutierte Stelle ohne Einbindung der politischen Gremien eingerichtet hätte, wenn es einen ausgeglichenen Haushalt oder ein verabschiedetes Haushaltssicherungskonzept gäbe. § 15 der Hauptsatzung ermächtige hierzu. Um aus dieser Ermächtigung resultierende Eigenmächtigkeiten künftig zu verhindern, wünsche

die CDU-Fraktion eine Änderung dieser Norm im Sinne ihres Antrages und damit eine stärkere Kontrolle über Beförderungen und organisatorische Änderungen.

Bürgermeister Orth entgegnet unter Bezug auf die Diskussion zu Punkt 7 des öffentlichen Teils, dass der Rat auch künftig über den Stellenplan der Verwaltung entscheide. In diesem Zusammenhang könne auch über die Einrichtung einer Stelle wie der unter Punkt 8 diskutierten entschieden werden. Für ihn stelle sich die Frage, weshalb die politischen Gremien die Eignung eines Bediensteten besser beurteilen könnten als die hierfür in der Verwaltung zuständigen Gremien oder Personen. Der Antrag der CDU-Fraktion laufe auf eine stärkere parteipolitische Einflussnahme auf personalwirtschaftliche Entscheidungen hinaus. Dies werde von ihm jedoch nicht begrüßt. Die personalpolitische Mitwirkung des Rates im Bereich des Stellenplanes ermögliche es diesem jederzeit einzugreifen. Die personalwirtschaftliche Kontrolle sei in den 90er Jahren bewusst reduziert worden, um der Verwaltung und ihrer Führung mehr Flexibilität in der Personalführung einzuräumen. Zudem sei die Zuständigkeit des Rates funktional sogar dahingehend eingeschränkt worden, dass entsprechend dem Wortlaut des Absatzes 1 von § 15 der Hauptsatzung eine Entscheidungsbefugnis nur noch für den Bereich der Beigeordneten, der Fachbereichsleiter und des Leiters des Rechnungsprüfungsamtes gelten sollte. In den seinerzeitigen Diskussionen hätten die Auffassungen von ihm als Oppositionsführer und der CDU-Fraktion nicht allzu weit auseinander gelegen. Die bisherigen Erfahrungen mit der derzeit geltenden Regelung zeigten, dass ein Missbrauch nicht stattgefunden habe. Er versichere, dass dies auch in Zukunft nicht beabsichtigt sei. Zudem bestehe in Zeiten eines Nothaushaltes auch personalwirtschaftlich eine gänzlich andere Situation als bei einem ausgeglichenen Haushalt. Schon mit Blick auf die Befugnisse der Aufsichtsbehörden gebe es keinen Grund zu der Annahme, dass der Bürgermeister im Bereich der Personalwirtschaft städtische Gelder über Gebühr verausgabe.

Für Herrn Schneeloch stellt eine Erhöhung der Befugnisse des Rates im Sinne des Antrages der CDU-Fraktion eine unnötige Ausweitung bürokratischen Aufwandes dar. Auch unter Würdigung der von Bewerbern vorgelegten Unterlagen falle es den Fraktionen wesentlich schwerer, eine Geeignetheit eines Bewerbers für eine bestimmte Stelle zu beurteilen als der Verwaltung. Trotz des zusätzlichen bürokratischen Aufwandes für die Fraktionen werde diese auf der anderen Seite nicht entlastet. Zudem werde die kritisch gesehene Parteibuch-Bürokratie verstärkt in den Vordergrund gerückt.

Für Herrn Lang hat die Verwaltung generell eine viel zu starke Stellung. Allerdings könne eine Entscheidung über die Zuständigkeiten des Bürgermeisters nicht davon abhängig gemacht werden, welcher Partei er angehöre.

Sodann fasst der Hauptausschuss mehrheitlich mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, KIDinitiative und Bürger für Bergisch Gladbach und Bensberg folgenden **Beschluss:**

**Der Antrag wird abgelehnt.**

**<-@**  
**13. Anfragen der Ausschussmitglieder**

**@->** 1. Schriftliche Anfrage der CDU-Fraktion zur öffentlichen Ausschreibung und

externen Besetzung der Stelle „Leiterin/Leiter des Organisationseinheit Stadtmarketing/ Öffentlichkeitsarbeit“

---

-Bürgermeister Orth verweist auf die schriftliche Anfrage der CDU-Fraktion vom 14.09.2005 zum o. g. Thema und deren Beantwortung, die den Mitgliedern des Hauptausschusses als Tischvorlage unterbreitet wurde.

2. Anfrage zur Teilnahme von Verwaltungsmitgliedern an den Sitzungen der politischen Gremien

---

-

Herr Lang möchte wissen, ob es eine Prüfung hinsichtlich der Notwendigkeit der zahlreichen Teilnahme von Verwaltungsmitgliedern an Sitzungen der politischen Gremien gegeben habe oder ob beabsichtigt sei, eine solche vorzunehmen.

Bürgermeister Orth antwortet, dass die Teilnahme schon deswegen sinnvoll sei, um Anfragen aus dem politischen Raum zeitnah und ohne schriftliches Verfahren zu beantworten. Er geht davon aus, dass sich hinsichtlich der Teilnahme ein tragfähiger Kompromiss ergeben habe.

3. Anfrage zur zeitlichen Dauer einer Beantwortung von E-Mails und zum Ratsinformationssystem

---

-

Herr Schütz stellt folgende Fragen:

- Gebe es innerhalb der Verwaltung eine Vorgabe hinsichtlich des zeitlichen Limits für die Beantwortung einer E-Mail?
- Wie sei der Sachstand hinsichtlich des Ratsinformationssystems?

Bürgermeister Orth antwortet zur ersten Frage, dass die Wahl des technischen Übermittlungsmediums „E-Mail“ nicht generell eine zügigere Bearbeitung einer Anfrage garantiere. Hierdurch werde zunächst nur der normale Postweg eingespart. Es würden ansonsten die üblichen Bearbeitungsfristen gelten.

Fachbereichsleiter Kreilkamp geht hinsichtlich des geplanten Internet-Auftritts des Ratsinformationssystems davon aus, dass die Verwaltung den Zeitplan eingehalten habe. Es sei zuletzt ausgeführt worden, dass in der jetzigen Phase die Angelegenheit die notwendige Reife erlange habe. Zwischenzeitlich habe sich die Verwaltung intensiv um die Gewährleistung der technischen Voraussetzungen und die organisatorischen Vorarbeiten gekümmert. Verwaltungsintern sei abgestimmt gewesen, dem Rat in seiner Sitzung am 29.09.2005 unter „Mitteilungen des Bürgermeisters“ einen genauen Termin mitzuteilen, in dessen Rahmen interessierte Ratsmitglieder auch für die Internet-Anwendung geschult werden sollten. Die Verwaltung wolle im Laufe des Novembers die Angelegenheit soweit betrieben haben, dass der Internet-Auftritt freigegeben werden könne. Ob eine stufenweise Freigabe erforderlich sei, müsse sich noch herausstellen. Im Moment werde der genaue Terminplan erarbeitet. Derzeit seien noch die Fragen zu beantworten, wie die Angelegenheit anwendungsfähig gemacht werde, wie die Schulungen zu erfolgen hätten und ob eine sofort-

tige generelle Freigabe erfolge oder im Rahmen eines Stufenmodells. Er geht davon aus, dass sich mit seinen Informationen eine Mitteilung an die Ratsmitglieder erübrige. Er schlägt vor, die Fraktionen in Kürze über die genaue Terminplanung zu informieren.

Herr Schütz möchte wissen, ob der Rat damit rechnen könne, dass der Internet-Auftritt noch im Jahre 2005 an den Start gehe.

Dies wird von Fachbereichsleiter Kreilkamp bejaht.

Herr Schütz hält es für angebracht, den Start des Internet-Auftrittes im Rat gebührend zu würdigen. Hinsichtlich seiner ersten Frage möchte er von Bürgermeister Orth wissen, wie eine übliche Bearbeitungszeit aussehe.

Für Bürgermeister Orth hängt die Dauer der Bearbeitung vom jeweiligen Fall ab.

Fachbereichsleiter Kreilkamp ergänzt, dass verwaltungsintern die Anweisung bestehe, innerhalb von 14 Tagen zumindest eine Zwischennachricht zu versenden. Bei komplexen Fragen sei es nicht immer möglich, innerhalb einer solchen Zeitspanne eine abschließende Antwort zu erteilen. Für diesen Fall solle in der Zwischennachricht dargelegt werden, wie die weitere Bearbeitung und das für diese geltende Zeitraster aussehe.

4. Anfrage zur 150-Jahr-Feier von Bergisch Gladbach und zur Fußballweltmeisterschaft 2006

-----  
-

Herr Ziffus möchte wissen, wie die Stadt die Feierlichkeiten anlässlich des 150-jährigen Bestehens der Stadt und die Gastgeberschaft für voraussichtlich zwei Fußballmannschaften im Rahmen der Fußball-WM 2006 gestalten wolle.

Bürgermeister Orth antwortet, dass es hierzu im Hauptausschuss am 06.12.2005 eine Mitteilung geben werde. Im Übrigen könne er Informationen über die Anwesenheit von zwei international renommierten Fußballmannschaften anlässlich der Fußball-WM 2006 in Bergisch Gladbach zurzeit noch nicht bestätigen.

Bürgermeister Orth schließt die öffentliche Sitzung.

<-@